



Nr. 40

Mai 2020

Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung

**TOP-Thema:****„Wir vergessen nicht!“ – Perspektiven der Antidiskriminierungs- und Präventionsarbeit nach den Morden von Halle und Hanau**

„Halle und Hanau“: Diese Städtenamen verbinden sich mit zwei Terrorakten und schrecklichen Morden aus antisemitischen und rassistischen Motiven. Der LADS ist es ein wichtiges Anliegen, dass die Aufarbeitung dieser Morde und die Diskussion von Schlussfolgerungen daraus nicht aus dem Blick geraten –auch nicht in und nach einer gesellschaftlichen Krise durch die COVID 19-Pandemie.

Es ist und bleibt wichtig, antimuslimischen Rassismus und Antisemitismus, ebenso wie alle Formen des Rassismus, des Rechtsextremismus sowie der Homo- und Transphobie genau zu analysieren und Gegenmaßnahmen zu verstärken. Terrorakte, wie die von Halle und Hanau, stellen nur die Spitze eines Eisberges von vorhandenem Rassismus und Antisemitismus dar. Sie stehen in einer Kontinuität von Entwicklungen in unserer Gesellschaft, die bestimmte Bevölkerungsgruppen besonders bedrohen und die zugleich demokratische Grundwerte außer Kraft zu setzen versuchen.

Die Opferberatungsstelle ReachOut e.V. zeigt in ihrer aktuellen Auswertung für das Jahr 2019 auf, dass in Berlin fast jeden Tag mehrere extrem rechte, rassistische und antisemitische Angriffe begangen werden. Hinzu kommen ‚alltägliche‘ Feindlichkeit und Mikroaggressionen mit rassistischem Hin-



Erinnern an die Morde von Hanau mit Plakataktionen im Berliner Straßenbild.

tergrund. Die Organisation Korientation e.V. macht Im Zusammenhang mit der COVID 19-Pandemie auf einen ansteigenden anti-asiatischen Rassismus aufmerksam. Menschen, die asiatisch gelesen werden, erleben derzeit zunehmende Anfeindungen und Angriffe.

Für diese Ausgabe des LADS Newsletters haben wir Nina Mühe von der CLAIM-Allianz gegen Islam- und Muslimfeindlichkeit um einen Gastbeitrag gebeten und nach ihren Perspektiven und Schlussfolgerungen gefragt. Einen Blick möchten wir zudem auf ein neues Projekt lenken, deren Akteur\*innen Betroffene aus dem Anschlag in Halle betreut und begleitet haben und nun ein spezifisches Beratungsangebot in Berlin eröffnen.

Die Auseinandersetzung zu diesem Schwerpunktthema des LADS Newsletters wird von der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung weiter fortgeführt werden.

## LADS im Gespräch mit Nina Mühe



**Die LADS im Gespräch mit Nina Mühe, Ethnologin und Leiterin der CLAIM-Allianz gegen Islam- und Muslimfeindlichkeit.** Nina Mühe arbeitet seit Jahren sowohl in Projekten gegen Islamfeindlichkeit und Antisemitismus als auch wissenschaftlich zu Islam und Muslimen in Europa sowie spezifisch zu Diskriminierung von muslimischen Jugendlichen an Schulen.

**Können Sie Fragen die mit den rassistischen und antisemitischen Morden in Halle und Hanau zu tun haben, eigentlich noch hören? Wie bewerten Sie die öffentlichen Diskurse nach den Morden?**

Ich empfinde die Fragen in keiner Weise als zu viel, vielmehr hat es viel zu lange gedauert bis diese Fragen ernsthaft und mit einem gewissen Nachdruck gestellt wurden. Besonders die antimuslimische

Grundeinstellung, die sich oft mit einer antisemitischen und/oder allgemein rassistischen Einstellung verbindet und in dieser Verbindung besonders gefährlich ist, wurde sehr lange Zeit kaum benannt. Eigentlich wird erst seit Hanau und auch immer noch nicht genug darüber gesprochen, was diese – mittlerweile weit verbreitete – antimuslimische Grundhaltung für Muslime oder als Muslime Wahrgenommene aber auch für die demokratische Gesellschaft an Gefahr bedeutet. Selbst nach Halle wurde dieser Aspekt des Attentats nur von wenigen gesehen und entsprechend benannt. Der Attentäter hatte ausgesagt, dass er eigentlich Muslime umbringen wollte, dann aber Juden für die „Mächtigeren“ in dieser Gesellschaft ansah und sich daher doch auf den Angriff einer Synagoge verlegte, nur um dann, als er dort nicht hineinkam einen Dönerimbiss anzugreifen, wo er wohl wieder Muslime vermutete. Wir sehen hier wie antisemitische mit antimuslimischen und rassistischen Einstellungen eine sehr ungute Verbindung eingehen in der alles und alle, die nicht in ein vermeintliches „Wir“ passen ausgegrenzt und im schlimmsten Fall getötet werden. Der antimuslimische Rassismus ist dabei in gewisser Weise ein treibender Motor, weil mittlerweile relativ große Teile der Bevölkerung zumindest skeptisch gegenüber Musliminnen und Muslimen sind und dies derzeit die am weitesten akzeptierte ausgrenzende Einstellung ist, die dadurch wiederum antidemokratischen Kräften gesellschaftlich Tür und Tor öffnet. Wenn wir diese Verbindung und die gegenseitige Verstärkung der Abwertungs- und Entmenschlichungsmuster nicht sehen, verpassen wir auch starke und wirksame gesellschaftliche Antworten darauf zu geben.

**Welche wichtige(n) Frage(n) werden im öffentlichen Diskurs in Bezug auf Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus Ihrer Meinung nach nicht gestellt?**

Rassismus wurde lange Zeit fast gar nicht benannt und wird auch jetzt immer noch in erster Linie in Bezug auf Rechtsextremismus diskutiert, aber wenig in Bezug auf die rassistischen Strukturen die

unsere Gesellschaft durchziehen und zu einem gewissen Maß formen. Wenn eine Frau mit Kopftuch beispielsweise mittels eigens geschaffener Gesetze von bestimmten Berufen ausgeschlossen wird, dann nicht aufgrund der antimuslimischen oder rassistischen Einstellung Einzelner, sondern weil hier Strukturen geschaffen wurden, die für einen bestimmten Teil der Bevölkerung Privilegien sichern, während andere – als fremd markierte – davon ausgenommen werden. Dies trifft natürlich nicht nur Frauen mit Kopftuch oder Muslime allgemein, sondern in leichter Variation alle die als im öffentlichen Diskurs als „anders“ markiert werden, die dementsprechend bewertet und beurteilt werden und nicht selbstverständlich Teil des „Wir“ sind.

In Bezug auf Musliminnen und Muslime – und leider auch immer noch in Bezug auf Jüdinnen und Juden – gibt es aber noch spezifische Fragen, die im Diskurs um (antimuslimischen) Rassismus und Antisemitismus kaum besprochen werden, und das ist die spezifische (fremd-)religiöse Komponente in einem sich als nicht religiös verstehenden säkularen Staat. Obwohl unsere Gesellschaft – angefangen von den Feiertagen bis zur finanziellen Verquickung zwischen Staat und Kirchen – in keiner Weise eine rein säkulare ist, wird dies oft so postuliert um sich besonders im Kontext nicht-christlicher Religionspraxis von dieser abgrenzen und eine Beschränkung dieser Praxis auf das Private fordern zu können. Dies schränkt dann nicht nur Muslime ein, die beispielsweise in der Schule oder bei der Arbeit beten wollen, sondern auch die jüdische Religionspraxis steht immer unter einer gewissen skeptischen Beobachtung, was zuletzt bei der Beschneidungsdebatte wieder sehr ungut zum Vorschein gekommen war.

**Als LADS sind wir Teil der Berliner Verwaltung und fragen uns daher: Welche konkreten Forderungen sind Ihrer Meinung nach an die Berliner Verwaltung zu adressieren?**

In Bezug auf antimuslimischen Rassismus und Islamfeindlichkeit brauchen wir zunächst viel mehr Wissen darüber, was das tatsächliche Ausmaß von Diskriminierung, Ausgrenzung und Angriffen ist, die eine spezifisch antimuslimische Komponente haben – und dies ist eben nicht nur bei Angriffen auf Moscheen oder Frauen mit Kopftuch relevant, sondern auch Angriffe auf Geflüchtete sind zu einem sehr großen Teil vom antimuslimischen Diskurs getragen – wie etwa der Mord an dem jesidischen Kurden Hussein in Celle letzten Monat. Selbst wenn es sich bei dem Attentäter um einen psychisch gestörten Mann gehandelt haben sollte, bleibt erstens die Frage ob dies nicht in gewissem Maß auf alle Attentäter zutrifft und zweitens warum er sich von allen Menschen auf der Straße gerade den jungen Mann ausgesucht hat, der seiner äußeren Erscheinung nach dem Feindbild des muslimischen Mannes entsprochen haben muss, das der Täter aus rassistischen und antisemitischen Internetauftritten kannte.

Wir müssen diese ganzen Formen von Ausgrenzung und Rassismus gemeinsam betrachten und in ihrer Gesamtheit erfassen. Dafür wäre eine Expertenkommission oder ein ähnliches Gremium sinnvoll, das sich zunächst mit all diesen verschiedenen Formen und Dimensionen befasst, um dann fundierte Empfehlungen für das weitere Vorgehen geben zu können. Wichtig wäre es dann im nächsten Schritt, dass es beispielsweise eine/n Beauftragte/n zu antimuslimischem Rassismus gäbe – wenn die Kommission dies als die gebotene Maßnahme empfiehlt – aber dass dies nicht bei einer Form von Symbolpolitik bliebe, sondern es die Möglichkeit gäbe senatsübergreifend auf die Veränderung von Missständen hinarbeiten zu können – beispielsweise auch wirksame Maßnahmen gegen Diskriminierung muslimischer Schülerinnen und Schüler ergreifen zu können.

**Der deutsche Diskurs entwickelt sich immer mehr in Richtung einer differenzierteren Betrachtung zwischen den verschiedenen Formen des Rassismus und ihren Wirkungsweisen (z.B. antimuslimischer Rassismus). Wie bewerten Sie diese fortschreitende Ausdifferenzierung?**

Ich denke, dass es wichtig ist, die verschiedenen einzelnen Phänomene – wie Antiziganismus, Antisemitismus und antimuslimischen Rassismus oder Islamfeindlichkeit – in ihrer Spezifik und Besonderheit – auch etwa in ihrer geschichtlichen Dimension in Deutschland – zu erfassen und zu verstehen und gleichzeitig ihre Gemeinsamkeiten im Blick zu behalten, da ihnen ähnliche



Geisteshaltungen zugrunde liegen. Wir sollten die Bemühungen gegen all diese Phänomene nicht vereinzeln und damit schwächen, sondern ebenso wie sie in den rechten Diskursen vermengt werden auch gemeinsam bekämpfen. Dennoch müssen wir auch sehen, dass es Spezifika gibt, denen auch Rechnung getragen werden muss, wenn man die Probleme effektiv bekämpfen will. So sind z. B. antimuslimische Einstellungen auch in linken und antirassistischen Kreisen anzutreffen, weil hier die Spezifik des „fremd-religiösen“ hinzukommt, die ich eingangs erwähnte und die es scheinbar leichter macht, Ablehnung und Ausgrenzung zu rechtfertigen, weil es sich ja nicht um eine unveränderbare Eigenschaft sondern eine selbstgewählte religiöse Einstellung handelt, wobei die Tatsache außer Acht gelassen wird, dass die religiöse oder weltanschauliche Einstellung fest in der Identität eines Menschen verankert ist und nicht einfach ab- oder angelegt werden kann.

## Akteur\*innen vor Ort

### OFEK e.V. – Neue Beratungsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung

Berlin fördert eine Beratungsstelle für Betroffene antisemitischer Übergriffe. Die bisher bundesweit agierende Beratungs- und Interventionsstelle OFEK bietet erstmals in Berlin ein Beratungsangebot für Betroffene von antisemitischen Übergriffen. Das Team berät nicht nur Betroffene und ihre Angehörigen, sondern auch Institutionen. Ab dem Jahr 2020 ist OFEK erstmals in der Förderung des Landes Berlin. Mehr zu OFEK erfahren Sie hier: [OFEK e.V.](#)



## LADS Schlaglichter

### „Respekt gewinnt!“ - Berliner Ratschlag ehrt Demokratieinitiativen

Sie setzen sich für die unteilbare Würde eines jeden Menschen ein, für die eigene sexuelle Identität, kämpfen gegen Diskriminierung und Hetze im Netz oder sie engagieren sich gegen das Vergessen der in der Nazizeit ermordeten jüdischen Berliner\*innen. Dieses Engagement hat der Berliner Ratschlag für Demokratie mit seinem #Respektgewinnt-Wettbewerb auch in diesem Jahr wieder ausgezeichnet. Neun Initiativen und Einzelpersonen wurden mit insgesamt 5.000 Euro geehrt, die sich für ein buntes, lebendiges, freiheitliches und offenes Berlin einsetzen. Unterstützt wird der Wettbewerb mit Sonderpreisen Höhe von jeweils 500 Euro durch die BSR und dem HBB. Die Dankesrede des Regierenden Bürgermeisters finden Sie hier auf [YouTube](#).

Ausgezeichnet wurden unter anderem die Projekte:

- „Was bin ich“ der Pankower Freizeiteinrichtung „Riff im Oktopus“: Wanderausstellung für Sekundarschulen und Gymnasien zum Thema Gender, LGBTQ und Respekt.
- „Respekt im Netz“ von Du bist Smart e.V.: Projekt in der Franz-Nehring-Grundschule in Charlottenburg mit Schüler\*innen der fünften Klasse. Wendet sich gegen Cyber-Mobbing und respektvollen Umgang im Netz.
- „Gegen das Vergessen“ von „Tuned e.V.: Jugendliche putzen und verzieren Stolpersteine, um diese sichtbarer zu machen und beleuchten Antisemitismus musikalisch sowie filmisch.

Mehr Details [www.berlinerratschlag fuerdemokratie.de](http://www.berlinerratschlag fuerdemokratie.de)

## Lesbische\* Sichtbarkeit in Zeiten von Corona



Am 26. April wird der jährliche Internationale Tag für Lesbische\* Sichtbarkeit markiert. Dies ist gerade in Krisenzeiten wichtig, wenn bestehende Ungleichheiten und Unsichtbarkeiten besonders deutlich werden. Die Pandemie und ihre Gegenmaßnahmen betrifft vor allem Menschen in alternativen Wohn- und Familienzusammenhängen, in prekären finanziellen Lagen und Arbeitsverhältnissen, die physisch und/oder psychisch behindert werden, sowie von Rassismus und anderen Ausgrenzungsmechanismen Betroffene – darunter auch besonders Frauen\* und Lesben\*. Waren bereits vor COVID-19 lesbische\* Kultur und Orte der Selbstbehauptung und des sozialen Miteinanders gefährdet, so stehen sie jetzt vor noch größeren Schwierigkeiten. Die Kontaktverbote treffen besonders Lesben\* der älteren Generation und solche mit Vorerkrankungen besonders hart und verstärken Einsamkeit. Die selbstgewählte häusliche Quarantäne zum eigenen Schutz kann Gefängnis, aber auch Privileg sein, da diese Option für Menschen auf beengtem Wohnraum, in WGs und Wohneinrichtungen unmöglich ist. Eine feste Arbeitsstelle zu haben, die dann auch noch ins Homeoffice verlegt werden kann, ist nicht allen vergönnt, führt aber auch gerade bei Lesben\* mit Kindern zu Herausforderungen und Doppelbelastung. Und Menschen in alternativen Familienzusammenhängen - darunter auch viele Lesben\* - mit oder ohne Kinder, stehen vor großen logistischen Schwierigkeiten sich zu sehen und Nähe zu bewahren, ohne sich selbst und andere zu gefährden. Gerade in solchen Zeiten ist es wichtig, dass lesbisches\* Leben und Engagement sichtbar gemacht und gewürdigt wird. Auch wenn die für April geplante Preisverleihung für den 2. Berliner Preis für Lesbische\* Sichtbarkeit nicht stattfinden konnte - die fünfköpfige ehrenamtliche Jury [[Link zur Website](#)] führt ihre Arbeit fort und hat aus den über 100 Nominierungen eine Short-List erstellt und wird darunter eine Gewinnerin\* küren. Der mit 5.000 Euro dotierte Preis wird im Rahmen des 2. Forum Regenbogenstadt Berlin voraussichtlich am 29. Oktober durch den für die Belange von Lesben, Schwulen, Bisexuellen sowie trans- und intergeschlechtlichen (LSBTI) Menschen zuständigen Senator Dr. Dirk Behrendt überreicht werden. Save the date!

## Video zur Internationalen Dekade für Menschen afrikanischer Abstammung

Die Vereinten Nationen haben für das Jahrzehnt 2015-2024 die Internationale Dekade für Menschen afrikanischer Abstammung ausgerufen. Berlin beteiligt sich mit verschiedenen Maßnahmen an der Umsetzung dieser Dekade. In diesem Jahr wurde ein Dialogprozess zwischen Selbstorganisationen und Verwaltung gestartet. In diesem Dialog sollen konkrete Maßnahmen gegen die Diskriminierung und den Rassismus entwickelt werden, die spezifisch Menschen afrikanischer Abstammung betreffen. Der Dialogprozess wird von der RAA und ADEFRA –Schwarze Frauen in Deutschland e.V. durchgeführt. Die Zielsetzung der UN-Dekade ist es, die Anerkennung der Kolonialgeschichte und ihrer gegenwärtigen Folgen voranzubringen, Gerechtigkeit und den Zugang zu Recht zu sichern sowie gleichberechtigte Entwicklung und Partizipation von Menschen afrikanischer Abstammung zu stärken. Die LADS hat ein [Video](#) produzieren lassen, in dem die Zielsetzung der Dekade erklärt werden.

## Einrichtung einer Fachstelle für Pädagogik zwischen Islam, antimuslimischem Rassismus und Islamismus bei ufuq.de in Berlin

Die neue Fachstelle wurde Anfang des Jahres eingerichtet und berät Fachkräfte und Einrichtungen bei der Umsetzung von pädagogischen Maßnahmen im Themenfeld Islam, antimuslimischer Rassismus und Islamismus. Sie reagiert auf neue Herausforderungen in der Migrationsgesellschaft, die sich auch in der Bildungs- und Jugendarbeit stellen. Hierzu zählt neben dem Umgang mit gesellschaftlicher Diversität und damit verbundenen Konflikten auch eine wachsende Sichtbarkeit von antimuslimischen und islamistischen Einstellungen. Mehr zu Ufuq: [www.ufuq.de](http://www.ufuq.de)

## LADS Akademie

Auch in diesem Jahr bietet die LADS wieder kostenlose Diversity- und Antidiskriminierungs-Fortbildungen an. Aufgrund der aktuellen Situation wird das Programm teilweise auf online-Formate umgestellt. Sobald es losgeht, erfahren Sie alles weitere auf der Homepage der LADS-Akademie: <https://www.berlin.de/sen/lads/sensibilisierung/lads-akademie/>.



Wir freuen uns, Sie schon bald in der LADS-Akademie zu begrüßen.

## Publikationen

### Diversity-Toolkit

Die LADS hat ein Toolkit entwickelt, das für die Berliner Bezirks- und Senatsverwaltungen konkrete Anregungen zur Umsetzung von Diversity-Maßnahmen enthält. Auf über 60 Seiten werden Begriffe zum Thema Diversity und Diversity-Management erläutert und Bausteine in der Planung und Umsetzung von Veränderungsprozessen aufgezeigt. Für konkrete Anwendungsfelder der Verwaltung werden Methoden erläutert und Checklisten zur Verfügung gestellt. Das Toolkit kann als DIN A 4 Ordner kostenlos bestellt werden unter: [broschueren.lads@senjustva.berlin.de](mailto:broschueren.lads@senjustva.berlin.de)



### Dokumentation der Fachwerkstatt: „Algorithmen und das Recht auf digitale Gleichbehandlung“

Algorithmische Entscheidungsprozesse gewinnen einen immer größeren Einfluss auf den Zugang zu ökonomischen und sozialen Ressourcen und damit auf die gesellschaftliche Teilhabe und Lebenschancen von Bürger\*innen. Die Verarbeitung personenbezogener Daten durch Algorithmen geht mit dem grundsätzlichen Risiko einher, dass Menschen aufgrund ihrer ethnischen Herkunft, des Geschlechtes, der Religion, einer Behinderung, ihrem Alter oder der sexuellen Identität diskriminiert werden. Ein Problembewusstsein für algorithmenbasierte Diskriminierung ist bisher jedoch kaum vorhanden. Daher hat die LADS im September 2019 eine Fachwerkstatt veranstaltet, um Bürger\*innen und Berliner Verwaltung zu sensibilisieren und zu beleuchten, wie und in welchen Lebensbereichen algorithmenbasierte Diskriminierung in Erscheinung tritt. Die vorliegende Dokumentation stellt die Inhalte, wichtigen Ergebnisse und Forderungen des Austausches anhand von Textbeiträgen, Fotos, Graphic Recording und Auszügen des Comics „Wir müssen reden, AI“ vor.

Download: <https://www.berlin.de/sen/lads/ueber-uns/materialien/#broschueren>

Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung  
Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung (LADS) / Abteilung Antidiskriminierung  
Salzburgerstr. 21-25, 10825 Berlin, Tel. 90 13 3460, [www.berlin.de/lads](http://www.berlin.de/lads)

Bildnachweise: S. 1 Elena Meistrowitz, S.2 Nina Mühe, S.4 Sebastian Brux